

stimmung absprechen und indem Sie die Menschen mit abstrusen Verordnungen geißeln.

Hier sitzen 22 Frauen und Männer, die mit Herz und Verstand Europäer sind, 22 Abgeordnete der Alternative für Deutschland. Wir sind Europäer mit Verstand, weil wir dafür plädieren, die EU auf das richtige Maß der bewährten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zurückzuführen,

(Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

und wir sind mit dem Herzen Europäer, weil wir die innige Freundschaft souveräner Vaterländer der Brüsseler Eurokratie vorziehen.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Grausam!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster hat Herr Kollege Markus Rinderspacher das Wort.

**Markus Rinderspacher (SPD):** (Beitrag nicht autorisiert) Verehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Die Rede des Abgeordneten Böhm erinnert mich ein wenig an Viktor Orbán, der in Aserbaidschan aus dem Flugzeug stieg, die Gangway hinunterging, den Boden Aserbaidschans küsste und ausrief, hier fühle er Freiheit – in einem autoritären Land! –, anders als in Brüssel, das das Moskau des 21. Jahrhunderts sei. Damit hat Viktor Orbán die demokratische Europäische Union unserer Zeit mit dem Stalinismus des 20. Jahrhunderts verglichen. Diese Form von Nationalismus macht unser Europa, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit auf unserem Kontinent kaputt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Deshalb, Herr Abgeordneter Böhm, möchte ich Ihnen erklären, was der Freistaat Bayern von Europa hat.

Bayern liegt im Herzen Europas, Bayern profitiert wie kaum ein anderer Landstrich, kaum eine andere Region auf dem europäischen Kontinent, wie kaum ein anderes Bundesland vom freien EU-Binnenmarkt, dem freien Personenverkehr, dem freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und der gemeinsamen Währung.

(Zuruf von der AfD)

Als siebtgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union sind wir zur Erhaltung der Prosperität im Freistaat Bayern darauf angewiesen, diese Errungenschaften wertzuschätzen und uns zu Gemüte zu führen, dass 56 % der Waren, die aus Bayern exportiert werden, in europäische Partnerstaaten gehen.

Auch auf diverse Fördermittel aus Brüssel hat Bayern im Übrigen Anspruch. Zwischen 2014 und 2020 fließen rund 2,3 Milliarden Euro für verschiedene Projekte und Maßnahmen zu uns nach Bayern, zum Beispiel zur Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung, der europäischen territorialen Zusammenarbeit, der Land- und Forstwirtschaft und des ländlichen Raums.

Natürlich profitieren die Bürgerinnen und Bürger in Bayern auch von zahlreichen EU-Regeln, die der Sicherheit am Arbeitsplatz, dem Gesundheitsschutz, der Qualität von Lebensmitteln dienen. Von der Freigabe der Preise der Telefonanbieter und Stromlieferanten profitieren auch die Kunden im Freistaat. Auch Probleme wie der Terrorismus, die Organisierte Kriminalität, auch die illegale Einwanderung, der Kli-

maschutz, die Energiepolitik sind Aufgaben, die nur gemeinsam zu bewältigen sind.

Dennoch fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger auf dem europäischen Kontinent: Sind die Sterne des Europabanners tatsächlich mit Inhalten gefüllt? Jacques Delors hat einmal davon gesprochen, dass sich kein Mensch in einen Binnenmarkt verliebe. Im Jahr 2019 müssen wir uns mehr denn je vergegenwärtigen, dass die Menschen von Europa mehr erwarten, als dass Waren und Dienstleistungen von links nach rechts und von oben nach unten verschoben werden können. Vielmehr erwarten sie die Lösung globaler Probleme wie der Klimaerwärmung, und sie erwarten natürlich auch soziale Gerechtigkeit auf dem europäischen Kontinent.

Wenn schon zwischen 2008 und 2010 1,6 Billionen Euro, 13 % der europäischen volkswirtschaftlichen Leistung, zur Rettung von Banken ausgegeben wurden, dann braucht es natürlich auch Stabilisierungsmechanismen zur Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit, also einen europäischen Mindestlohn, also eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, also Steuergerechtigkeit auf dem europäischen Kontinent, weil es nicht sein kann, dass die großen Digitalunternehmen – Amazon, Google, Facebook und wie sie alle heißen – keinen Cent Steuern auf europäischem Boden bezahlen. Deshalb brauchen wir eine Digitalsteuer, und wir müssen die Finanzmarkttransaktionssteuer jetzt endlich umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb geht es nicht um Ölkännchen, deshalb geht es nicht um Duschköpfe, über die im Europawahlkampf von 2014 diskutiert wurde, sondern es geht ums Ganze. Es geht darum, dass das Jahr 2019 keine historische Zäsur werden darf, indem Nationalisten 30 oder 40 % der Abgeordneten im Europäischen Parlament ausmachen. Wir brauchen nun proeuropäische Kräfte, und da fordere ich auch die CSU auf, den neu eingeschlagenen Weg konsequent und glaubwürdig fortzuschreiten. Mit Einladungen an Viktor Orbán und David Cameron wenige Wochen vor dem Brexit – als "CSU-Politik pur" bezeichnete das Ihr damaliger Parteivorsitzender – haben Sie der europäischen Idee einen Bärendienst geleistet. Nein, wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zum Sozialstaat und zum Minderheitenschutz auf dem europäischen Kontinent. Die Demokraten müssen jetzt zusammenhalten. Das erwarte ich vom Europawahlkampf. Meine Partei wird einen starken sozialen Akzent setzen, weil wir auf unserem Kontinent nicht nur ein Europa des freien Marktes, sondern auch ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, ein Europa für die Bürger brauchen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich Kollegen Helmut Markwort das Wort.

**Helmut Markwort (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen ausdrücklich, dass die CSU-Fraktion für die heutige Aktuelle Stunde das Thema gewählt hat: "Die Menschen für Europa gewinnen". Wir werten das als Akt tätiger Reue,

(Alexander König (CSU): Ein bisschen Spaß muss sein!)

denn die CSU hat leider viel dafür getan, Menschen von Europa wegzugraulen. Führende Persönlichkeiten der CSU haben mit Prozessen und Parolen jahrelang Misstrauen gegen die Europäische Union gesät. Die bayerische Bevölkerung hat entsprechend reagiert und ist zu fast 60 % der letzten Europawahl ferngeblieben. Die Wahlbeteiligung 2014 war ein Desaster für Bayern. Der Bundesdurchschnitt lag bei 48,1 %. In Bayern gingen nur 40,9 % zur Wahl. Nur im Land Bremen war